

Sonderthema: Video-Konferenz des UN-Sicherheitsrats zu den Minsker Vereinbarungen am 11.02.2021



russiaun.ru: Erklärung des Ständigen Vertreters der RF W.A. Nebensja auf der Videokonferenz des UN-Sicherheitsrats anlässlich des sechsten Jahrestages der Annahme des Minsker Maßnahmekomplexes und der Ratsresolution 2202

Frau Vorsitzende!

Wir danken Frau DiCarlo, Frau Grau und Herrn Čevik für ihre Berichte. Wir begrüßen die Teilnahme von Leonid Makarowitsch Krawtschuk, dem ersten Präsidenten der unabhängigen Ukraine und Vertreter dieses Landes in der dreiseitigen Kontaktgruppe, an der heutigen Sitzung. Wir begrüßen auch die Teilnahme von Deutschland, einem Mitglied des „normannischen Formats“. Ich kann Christoph Heusgen nicht wirklich auf dem Bildschirm sehen, aber ich bin sicher, er ist hier bei uns. Welcome back, Christoph.

Morgen werden sechs Jahre seit der Verabschiedung des Maßnahmekomplexes zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zur Regelung in der Ukraine vergangen sein. Wie Sie wissen, wurde dieses Dokument nicht am ersten Tag des internen Konflikts unterzeichnet, der nach dem berüchtigten Maidan ausgebrochen ist - Kiew, Donezk und Lugansk haben zehn ganze Monate lang schwierige gegenseitige Zugeständnisse gemacht.

In all diesen sechs Jahren gibt es immer noch keine Antwort auf zwei entscheidende Fragen: "Wie genau beabsichtigt die Ukraine, den Konflikt friedlich zu lösen?" und "Wie sieht Kiew den zukünftigen besonderen Status des Donbass im Staatsverband der Ukraine?" Und von der Antwort auf diese Fragen hängen die Perspektiven auf eine Einigung ab. Denn nach dem Beginn des gewaltsamen Vorgehens Kiews im Jahr 2014 und dem bis heute anhaltenden Beschuss von Wohngebieten durch die ukrainische Armee fühlen sich die Menschen im Donbass längst nicht mehr mit der Ukraine verbunden.

Wir machen regelmäßig auf diese Situation aufmerksam, weil der Sicherheitsrat 2015 den in Minsk erzielten, hart erkämpften Kompromiss in seiner Resolution 2202 sofort gebilligt und das Dokument damit zum Teil des Völkerrechts gemacht hat. Die eingerichtete dreiseitige Kontaktgruppe sollte eine einzigartige Plattform für den direkten Dialog zwischen den drei ukrainischen Seiten in Anwesenheit der OSZE und Russlands sein. Es gibt kein anderes international anerkanntes Format zur Lösung des durch den Maidan-Putsch ausgelösten innerukrainischen Konflikts, wie Frau DiCarlo heute zu Recht sagte.

Gleichzeitig wird unser legitimer und verständlicher Wunsch, die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit der Umsetzung des Minsker Maßnahmekomplexes durch die Ukraine zu lenken, von Kiew und unseren westlichen Partnern als "russische Propaganda" und die "Verbreitung von Falschinformationen" dargestellt. Ich bin mir sicher, dass wir heute leider ähnliche Vorwürfe hören werden. So auch das Mantra, dass Russland angeblich die Minsker Vereinbarungen nicht umsetzt. Ich möchte die Anwesenheit von Frau Grau hier nutzen und sie bitten, die Frage direkt zu beantworten: Wird Russland im Text des Minsker Maßnahmekomplexes erwähnt, abgesehen von der Unterschrift unseres Vertreters, der das Dokument zusammen mit dem OSZE-Vertreter bezeugt

hat? Können Sie uns sagen, welche Verpflichtungen speziell an Russland gerichtet sind? Dies wird unter anderem für die neuen Mitglieder des Sicherheitsrates nützlich sein, die noch keine Gelegenheit hatten, sich in das ukrainische Problem zu vertiefen.

Ich möchte diese Gelegenheit auch nutzen, um unsere verehrten Berichterstatter zu bitten, konkrete Fragen zur angeblichen Umsetzung des Minsker Maßnahmenkomplexes durch die Ukraine, über die wir von unseren westlichen und ukrainischen Kollegen informiert werden, direkt und ohne Ausflüchte zu beantworten:

- Wurden durch den Erlass eines Gesetzes durch die Ukraine, das die Verfolgung und Bestrafung von Personen im Zusammenhang mit den Ereignissen im Donbass verbietet (Punkt 5 der Minsker Vereinbarungen), Begnadigungen und Amnestien gewährt? Wie sieht es in diesem Zusammenhang aus, dass die ukrainische Regierung selbst bei denjenigen, die dem Austausch von Kriegsgefangenen unterliegen, die Strafverfahren nicht eingestellt hat und es Beispiele für deren erneute Verhaftung gibt?

- Hat die Ukraine die Verwaltung eines Segments ihres Bankensystems in den vom Konflikt betroffenen Gebieten wiederhergestellt? (Punkt 8 des Maßnahmenkomplexes)

- Führen die ukrainischen Seiten einen Dialog über die Modalitäten für Wahlen und das künftige Selbstverwaltungsregime in bestimmten Gebieten der Regionen Donezk und Lugansk, wie in Punkt 4 des Maßnahmenpakets vorgesehen

- Und schließlich und vor allem: Hat es eine Verfassungsreform in der Ukraine gegeben und ist die neue Verfassung, die Dezentralisierung als zentrales Element vorsieht, in Kraft getreten?

- In Paragraph 11 des Maßnahmenkomplexes ist festgelegt, dass dies bereits Ende 2015 hätte geschehen sollen. Wurden dauerhafte Rechtsvorschriften über den Sonderstatus bestimmter Gebiete der Regionen Donezk und Lugansk verabschiedet, die die in der Anmerkung zu Punkt 11 genannten Kriterien erfüllen? Ich erinnere daran, dass es diese beiden Schritte sind, die der Wiederherstellung der vollen Kontrolle der Staatsgrenze durch die Ukraine vorausgehen sollten.

- Sagen Sie uns bitte außerdem, ob die sogenannte Steinmeier-Formel, die bereits im Oktober 2015 im Normandie-Format vorgeschlagen wurde, um der Ukraine die Umsetzung von Punkt 11 des Maßnahmenkomplexes zu erleichtern?

- Wir möchten auch die Kommentare unserer Berichterstatter zu dem kürzlich vom Ministerium für die Reintegration des Donbass veröffentlichten Gesetzentwurf über die Rückkehr dieser Region in die Kontrolle Kiews. Die Autoren des Dokuments denken strategisch - sie haben für 25 Jahre im Voraus berechnet, wie sie weiterhin die Minsker Vereinbarungen verletzen können. In dem Dokument steht kein Wort über einen direkten Dialog mit Donezk und Lugansk, auch nicht über eine Vereinbarung mit ihnen über einen besonderen für den Donbass. Stattdessen gibt es Phantasien über die Einrichtung einer Art "internationaler Verwaltung" und die Abhaltung von Wahlen nur zwei Jahre danach. Glauben Sie, dass die Menschen im Donbass einer solchen Form der internationalen Besetzung ihrer Heimat zustimmen werden? Und vor allem: Was denken Sie, wie all dies mit den Bestimmungen der Resolution 2202 des UN-Sicherheitsrats zusammenhängt?

Parallel dazu müssen wir feststellen, dass der hartnäckige Unwille Kiews, seine Verpflichtungen aus dem Maßnahmenpaket zu erfüllen, selbst auf der Ebene der ukrainischen Führung nicht mehr verheimlicht wird.

So argumentierte Präsident Selenskij im Mai und Dezember letzten Jahres: "Die Minsker Vereinbarungen werden nicht benötigt, um den Konflikt zu lösen, sondern nur, um die Sanktionen gegen Russland aufrechtzuerhalten".

Der Erste Stellvertretende Ministerpräsident der Ukraine und Leiter der ukrainischen Delegation in der Kontaktgruppe A. Resnikow erklärte in seinem Artikel vom Januar, dass Kiew versuchen werde, die Minsker Vereinbarungen neu zu formulieren. Seiner Meinung nach ist dieses Dokument eher "eine politische und diplomatische Vereinbarung als ein internationaler Vertrag". Außerdem ist Resnikow der Meinung, dass sie am 31. Dezember 2015 abgelaufen ist.

Gleichzeitig fragt sich Resnikow, "ob Russland dazu gebracht werden kann, einer Änderung der Minsker Vereinbarungen oder des gesamten Formats der Regelung zuzustimmen. Wir müssen feststellen, dass er offensichtlich vergessen hat, dass nicht nur Russland die Minsker

Vereinbarungen als einzige Grundlage für eine innerukrainische Lösung unterstützt: Am 6. Juni 2018 hat der UN-Sicherheitsrat in der Erklärung des Vorsitzenden S/PRST/2018/12 an die Notwendigkeit einer strikten Umsetzung der Resolution 2202 und des Maßnahmenkomplexes erinnert.

Ohne mit der Wimper zu zucken, behauptet er jedoch, dass "die Ukraine praktisch alle Vereinbarungen erfüllt hat, die während des Pariser Gipfels im Normandie-Format getroffen wurden". Die Tatsache, dass Kiew im Gegenteil keine einzige seiner Verpflichtungen aus dem Maßnahmenkomplex erfüllt hat, scheint ihm nicht peinlich zu sein.

Statt die Minsker Vereinbarungen umzusetzen, hören wir aus Kiew die gleichen alten Märchen über die anhaltende russische Aggression, die die Ukraine für alles verantwortlich macht. Und das, obwohl niemand einen Beweis für diese "Aggression" vorgelegt hat, was nicht überraschend ist. Außerdem hat Ihr Vorgänger, Frau Grau, Herr Apakan, bei einem ähnlichen Treffen vor zwei Jahren unmissverständlich erklärt, dass die OSZE-Mission die Anwesenheit russischer Militäreinheiten im Donbass nicht erfasst hat und auch nicht erfasst. Ich hoffe, auch von Ihnen heute eine Bestätigung dieser Tatsache zu hören.

Wie Kiew den Anschein erweckt, dass es die Vereinbarungen erfüllt, wissen wir gut von den Vertretern des Donbass, die dem Rat diese Informationen während des informellen Treffens, das wir am 2. Dezember letzten Jahres zur Arria-Formel organisiert haben, persönlich mitgeteilt haben. Die ukrainische Delegation und ihre westlichen Schirmherren, darunter die Normandie-Format-Mitglieder Deutschland und Frankreich, lehnten übrigens die Teilnahme ab. Es wäre auch heute gut gewesen, wenn wir den Vertretern des Donbass direkt zugehört hätten, denn sie sind Teilnehmer des Einigungsprozesses.

Interessanterweise lehnen die Teilnehmer des Normandie-Formats, nämlich Deutschland, Frankreich und andere Länder, einen direkten Dialog mit der Ansar-Allah-Bewegung (Hussiten) im Jemen, mit Vertretern der syrischen oder venezolanischen Opposition und schließlich mit den nicht anerkannten Staatsformationen im östlichen Mittelmeer nicht ab. Initiativen, die darauf abzielen, eine direkte Kommunikation zwischen Kiew und den realen Bewohnern des Donbass herzustellen, wie es in den Minsker Vereinbarungen vorgesehen ist, lösen bei ihnen jedoch eine nervöse Reaktion aus. Betonen Sie, meine Herren, nicht die Bedeutung der politischen und diplomatischen Lösung von Konflikten durch einen umfassenden Dialog? Wo sind denn Ihre Prinzipien?

Wir danken den Delegationen, die sich nicht gescheut haben, an der erwähnten "Arria-Formel" teilzunehmen und die Stimme der Einwohner von Donezk und Lugansk zu hören. An die Angsthäsen: Wer nur eine Seite des innerukrainischen Konflikts unterstützt und entgegen den Tatsachen seinen krankhaften Phantasien über eine "russische Aggression" frönt, kann sich nicht Vermittler nennen. Sie, meine Herren, sind vielmehr Komplizen der Verbrechen, die von Kiew gegen die Bevölkerung des Donbass begangen werden.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Wenn die Ukraine an einer Normalisierung im Donbass interessiert ist, muss die ukrainische Regierung alles daran setzen, dass die Bewohner der östlichen Regionen keine Angst haben, sondern im Gegenteil gerne zurückkehren wollen. Bisher, so sagten die Vertreter des Donbass dem Rat, gebe es "eine völlige Gleichgültigkeit der Ukraine gegenüber den Bewohnern des Donbass und ein Interesse nur an den Territorien oder offen aggressive Absichten... es gibt bereits eine riesige Kluft zwischen dem Donbass und der Ukraine", wie sie sagen.

Urteilen Sie selbst. Die Gesetze und Gesetzesinitiativen der Ukraine in den letzten sechs Jahren zur Sprachenpolitik haben die gesetzlichen Rechte der Bürger, ihre Muttersprache zu sprechen, untergraben, der Informationsbereich wurde eingeschränkt und gesäubert, die Reform des Bildungssystems wurde ebenfalls inhärent diskriminierend, wie insbesondere von der Venedig-Kommission des Europarates anerkannt wurde. Die jüngste verfassungswidrige Entscheidung von Präsident Wladimir Selenskij, der bereits im September 2019 geschworen hatte, keine Fernsehsender zu schließen und die Meinungsfreiheit nicht zu verletzen, führte zur Schließung von drei Oppositionssendern, was einen Sturm der öffentlichen Unzufriedenheit auslöste, bis hin zur Frage der Amtsenthebung. Die Reaktion der westlichen Kollegen, die sich für die Meinungsfreiheit

einsetzen, war auffallend - sie stimmten dem Schritt einstimmig zu.

Und was ist mit dem Gesetzentwurf über die Internierung (Zwangsausweisung) russischer Bürger, der faktisch versucht, Konzentrationslager auf ukrainischem Territorium zu legalisieren? Und die Initiative, die eine Haftung für die Verschleierung der Staatsangehörigkeit anderer Staaten vorsieht? Wie soll das unter Bedingungen funktionieren, wo es für die Menschen im Donbass unmöglich ist, ihre ukrainischen Pässe zu erneuern?

All diese Initiativen verletzen direkt die Rechte der Bewohner des Donbass und nehmen ihnen die Motivation, den Weg zurück in die Ukraine zu suchen. Und Russland hat damit nichts zu tun.

Ich spreche nicht einmal von der weit verbreiteten Verherrlichung von Nazi-Kollaboranten in der Ukraine. Am Vorabend des Holocaust-Gedenktages haben wir im Rat das Dokument S/2021/81 in Umlauf gebracht, das eine lange Liste ungeheuerlicher Fälle von Verherrlichung von Nazi-Kollaboranten enthält, die auf Veröffentlichungen auf Twitter des Vorsitzenden des Ukrainischen Jüdischen Komitees Eduard Dolinsky beruht. Das Ausmaß dieses "Krebsgeschwürs" in der Ukraine ist erschütternd! Wir sehen jedoch weder bei der OSZE noch bei unseren westlichen Kollegen eine richtige Besorgnis darüber. Dies ist eine eklatante Doppelmoral.

Die Ukraine sollte keine Zeit mit Ausreden und dubiosen geopolitischen Spielchen verschwenden, sondern sich ändern und dabei die Menschenrechte, die nationalen und sprachlichen Minderheiten und die Medienfreiheit respektieren, wie es übrigens auch in der Zeit vor dem Maidan der Fall war. Kiew muss sich für die ehrliche Umsetzung seiner Verpflichtungen aus dem Maßnahmenpaket in enger Abstimmung mit Donezk und Luhansk einsetzen, anstatt seine Lügen über einen Krieg mit Russland zu wiederholen und zu vertuschen. Ist die Ukraine bereit, sich in Richtung Frieden zu bewegen und ihre Verpflichtungen umzusetzen? Sind Sie, unsere westlichen Kollegen, bereit, dies unmissverständlich von ihm zu verlangen? Dafür gibt es leider immer weniger Anzeichen. Ich hoffe, dass Ihre prinzipielle Haltung heute und auch unser ukrainischer Kollege Leonid Makarowitsch uns zumindest einen gewissen Grund zum Optimismus geben werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Antworten nach Beiträgen einer Reihe Teilnehmer des Treffen:

Frau Vorsitzende,

Ich möchte einige der Worte, die heute gesprochen wurden, und die Fragen, die gestellt wurden, kommentieren.

Eigentlich konnte uns das heutige Treffen in keiner Weise überraschen. Wir wissen, wer über was und wie in Bezug auf diesen Konflikt spricht. Frau Grau hat heute nicht auf die Frage, die wir ihr gestellt haben geantwortet, sondern gesagt, dass es schon seit langem eine Diskussion über die Konfliktparteien gibt. Meine Frage bezog sich nicht auf die Frage, wer die Konfliktparteien sind, sondern ob Russland als Partei der Minsker Vereinbarungen erwähnt wird oder nicht. Aber ich kann für Frau Grau antworten, wenn sie es nicht selbst tun konnte. Nein, es gibt keine Erwähnung von Russland als Partei der Minsker Vereinbarungen.

Ich habe es genossen, meinen Freund Christoph heute sprechen zu hören. Ich habe ihn im Rat aufrichtig vermisst. Er erwähnte das Budapester Memorandum. Ich sagte ihm, dass ich bereit sei, mit ihm als Teil einer Gruppe seiner Wahl separate bilaterale Konsultationen über das Budapester Memorandum abzuhalten - wie dieses Dokument entstanden ist, wer hinter seinen Ursprüngen stand. Das ist ein Thema für ein separates Gespräch, aber ich kann mich sehr kurz fassen, um die Neugierde auf unsere Position zu befriedigen. Als wir uns damals dazu äußerten, sagten wir, dass Russland sich im Rahmen des Budapester Memorandums nicht verpflichtet hat, einen Teil der Ukraine gegen den Willen seiner Bevölkerung, der lokalen Bevölkerung, zum Verbleib in der Ukraine zu zwingen, und dass die Bestimmungen des Budapester Memorandums nicht für Umstände gelten, die aus innenpolitischen oder sozioökonomischen Faktoren resultieren. Aber lassen wir das Budapester Memorandum erst einmal beiseite.

Christoph spielte mit dem Begriff, wer wen besetzt hat. Hat Russland die Ukraine besetzt, oder vielleicht, fragte er sarkastisch, hat die Ukraine Russland besetzt. Auf diese Frage gibt es eine einfache Antwort. Leider hat die Ukraine die Ukraine besetzt und führt einen Krieg auf ihrem eigenen Territorium.

Ich habe heute Leonid Makarowitsch, dem Vertreter der Ukraine in der dreiseitigen Kontaktgruppe, aufmerksam zugehört, der übrigens bei der heutigen Sitzung als Vertreter der Ukraine in der dreiseitigen Kontaktgruppe angekündigt wurde, nicht als Vertreter der Ukraine. Das wirft eine berechnete Frage auf: Wo sind die anderen Vertreter in der dreiseitigen Kontaktgruppe, einschließlich der Vertreter der einzelnen Bezirke der Oblaste Donezk und Lugansk?

Leonid Makarowitsch hat viel über die Bemühungen der Ukraine gesprochen, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen, die Beschlüsse des Normandie-Gipfels umzusetzen, und in Worten klingt es so, als würde sich die Ukraine aktiv für die Umsetzung dieser Vereinbarungen einsetzen. Er erwähnte, dass die Ukraine einen Vorschlag, eine Art Fahrplan, für die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen vorgelegt hat. Nur hat er leider vergessen zu erwähnen, dass dieser Fahrplan zu 3/4 im Widerspruch zu eben jenen Minsker Vereinbarungen steht, die die Ukraine angeblich umsetzt. Ich habe leider keine Antworten auf die Fragen erhalten, die wir in unserer Erklärung gestellt haben: wie die Aussagen ukrainischer Offizieller zu den Minsker Vereinbarungen zu bewerten sind, wie Ihre eigenen Worte zu bewerten sind, Leonid Makarowitsch, in den zahlreichen Interviews, die Sie kürzlich gegeben haben. Sie sind eine erfahrene, respektierte Person, und ich fühle mich nicht wohl dabei, hier jetzt zu zitieren, was Sie in Ihren Interviews über die Minsker Vereinbarungen, über die Bewohner des Donbass und über das, was in diesem Gebiet geschehen sollte, gesagt haben. Sie haben erwähnt, dass die Ukraine bereit ist, ein Stück des Territoriums an der Kontaktlinie zu entminen, und gleichzeitig erwähnt, dass die russische Seite sich weigert, das Territorium auf ihrer Seite zu entminen. Russland ist in vielen Ländern an der Entminung beteiligt - in Syrien, in Armenien, in Aserbaidschan, in Berg-Karabach. Wir sind bereit, zu Hilfe zu kommen, wenn die ukrainischen Behörden uns darum bitten. Aber wir können nichts tun, um Minen in den Gebieten an der Kontaktlinie zu räumen, in denen wir nicht präsent sind, wie Herr Čevik heute noch einmal bestätigt hat.

Was die Kommentare von Herrn Čevik angeht, so habe ich gehört, was er über zivile Opfer gesagt hat. Aber eine andere Zahl wurde heute genannt, ich glaube, es war der Vertreter Großbritanniens, der sagte, dass es seit Beginn des Konflikts allein dreieinhalbtausend zivile Opfer gegeben hat. Ich wäre sehr daran interessiert, Herrn Čevik zu bitten, einen Prozentsatz zu nennen, welche Seite und wie viele Zivilisten getötet wurden.

Ich habe die Frage meines französischen Kollegen nicht wirklich verstanden, welche Wahlverpflichtungen Russland als Ergebnis des Normandie-Formats im Dezember 2019 nicht erfüllt hat. So wie ich es verstehe, bekräftigten diese Vereinbarungen die "Formel", die in den Minsker Vereinbarungen verankert ist, und erwähnten die "Steinmeier-Formel". Wir sind diejenigen, die die ukrainische Seite hartnäckig dazu drängen, diese Bestimmungen umzusetzen. Es gibt noch viel mehr, was ich heute sagen könnte, aber ich bin mir nicht sicher, ob das Format der heutigen Sitzung uns das erlaubt. Ich möchte nur noch einmal betonen, wie wichtig es ist, die Diskussion über dieses Thema im Sicherheitsrat fortzusetzen. Wir werden hart daran arbeiten, denjenigen Mitgliedern des Sicherheitsrates, die immer wieder auswendig gelernte Formeln darüber wiederholen, was Russland tun muss, um diesen Konflikt zu beenden, folgendes klarzumachen. Ihre Vermittlung wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie ernsthaft und beharrlich mit der ukrainischen Seite daran arbeiten, ihre Verpflichtungen aus den Minsker Vereinbarungen zu erfüllen. Ich danke Ihnen.

Telegram-Kanal des stellvertretenden ständigen Vertreters der RF bei der UNO Dmitrij Poljanskij:

Die Sitzung des Sicherheitsrates, die von Russland am Vorabend des sechsten Jahrestages der Unterzeichnung des Minsker Maßnahmekomplexes initiiert wurde, verlief recht vorhersehbar. Der unangenehme Bodensatz der Farce, die Kiew und seine westlichen Schutzherren bei solchen Gelegenheiten aufführen, ist jedoch nicht weniger bitter geworden.

Die Redner, darunter die Sonderbeauftragte des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE H. Grau und der Leiter der OSZE-Beobachtermission H. Čevik, manövrierten vorsichtig und vermieden es, das Offensichtliche zu sagen: Die Ukraine erfüllt die Minsker Vereinbarungen nicht und wird es auch nicht tun. Wir können sie verstehen - schließlich spielen sie zu einem großen Teil die Rolle von

Vermittlern im Konflikt in der Ostukraine. Aber selbst mit diesem Verständnis riecht die langatmige Argumentation von Frau Grau als Antwort auf unsere direkte Frage, wer die Parteien der Minsker Vereinbarungen sind (angeblich sei die Frage schwierig, wird aktiv diskutiert und es gibt keine einheitliche Meinung), nach Hilflosigkeit und Unentschlossenheit.

Wir haben ausschließlich auf Basis von Fakten gesprochen (vollständiger Text hier:

https://russiaun.ru/ru/news/sc_110221). Wir haben zahlreiche Zitate von Erklärungen und Handlungen ukrainischer Beamter vorgelegt, die belegen, dass die Ukraine nicht beabsichtigt, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen.

Unsere westlichen Kollegen, die sich von der Doppelmoral und der einfachen Logik leiten lassen, dass Weiß auch Schwarz sein kann, wenn es für die Sache notwendig ist, beeilen sich, die Ukraine freundschaftlich zu verteidigen - sie setze alles um, sagen sie, während Russland (das in den Minsker Vereinbarungen nicht erwähnt wird) ein hartnäckiger Verletzer sei. Generell zeigten sie sich wieder einmal als absolut prinzipienlose Verteidiger ihres Projekts "Ukraine", oder genauer gesagt "Anti-Russland".

Natürlich wurde Leonid Krawtschuk, der die Ukraine vertrat, bei diesem Stand der Dinge nicht einmal "belästigt": Er murmelte einen für ihn vorbereiteten Text (übrigens auf Russisch) darüber, wie die Ukraine versucht, das Minsker Maßnahmenpaket zu erfüllen. Er hat keine einzige Frage beantwortet, hat keine unserer Bemerkungen kommentiert. Und warum? Es gehört nicht zu den Plänen der ukrainischen Delegation, Fragen, die die Bewohner des Donbass betreffen, zu lösen oder auch nur zu diskutieren. Die Ukraine braucht die Menschen im Donbass schon lange nicht mehr. Es braucht den Donbass. Ohne die Menschen in Donezk und Lugansk. Und die Krim ohne die Krim-Einwohner. Territorien, nicht Menschen. So zynisch es auch klingt. Denn wenn es anders wäre, würde die Ukraine für diese Menschen kämpfen. Aber sie stößt sie mit seiner Gleichgültigkeit jeden Tag weiter weg und stellt sie wie Besatzer ihres eigenen Landes dar.

Das Bild ist zum einen unerfreulich. Auf der anderen Seite kann man sehen, wie müde die Westler von dieser endlosen Pantomime sind, wie gelangweilt sie davon sind, immer das Gleiche zu sagen - dass das Gras blau und der Himmel grün ist. Aber die Kollegen wissen offensichtlich nicht, wie sie aus dieser unwürdigen Position, in die sie sich selbst gebracht haben, herauskommen können, ohne ihr Gesicht zu verlieren. Und ihr früheres Pathos und ihre Leidenschaft ist bei ihnen nicht mehr zu spüren. Vor ein paar Jahren wurden unsere Anträge auf Einberufung der Sitzung heftig angefochten, und es kam fast zu einer Verfahrensabstimmung darüber, auf wessen Initiative die Sitzung abgehalten wurde. Jetzt hat niemand auch nur ein Wort dagegen gesagt! Es ist sehr aufschlussreich. Es ist schwierig, mit dem Offensichtlichen zu streiten. Und das zu schützen, was nicht geschützt werden kann.

Wir geben nicht auf und werden weiterhin die Wahrheit über die Geschehnisse im Donbass verbreiten. Auch mit Hilfe seiner Bewohner.